



Interviews

Migrationspolitik bestimmt auch Landtags-Wahlkampf in Brandenburg

Dietmar Woidke, SPD, Ministerpräsident Brandenburg, im Interview mit Stefan Heinlein

"Informationen am Morgen", 27.8.2024, 8:10 Uhr

Stefan Heinlein: Wahlen an diesem Wochenende in zwei Bundesländern und es sieht düster aus für die Kanzlerpartei. Sowohl in Thüringen als auch in Sachsen pendelt die Scholz-SPD nur knapp über der Fünf-Prozent-Hürde. Anders in Brandenburg; dort sind die Sozialdemokraten weiter zweistellig und liegen mit 20 Prozent hinter der AfD auf Platz zwei. Dietmar Woidke, seit 2013 Ministerpräsident in Potsdam, hat durchaus Chancen auf eine Wiederwahl. Aktuell regiert seine SPD gemeinsam mit CDU und Grünen. Diesmal allerdings könnte es durchaus knapp werden mit einer Mehrheit für die Kenia-Koalition. Auch in Brandenburg hat das BSW, die Wagenknecht-Partei, die politische Landschaft verändert und der islamistische Mordanschlag von Solingen dürfte auch in Brandenburg seine Spuren hinterlassen. – Guten Morgen, Herr Woidke.

Dietmar Woidke: Einen wunderschönen guten Morgen.

Heinlein: Die AfD vor der Nase, das BSW im Nacken. Wie schwierig ist dieser Klammergriff für Sie und Ihre Genossen gerade jetzt nach dem Anschlag des Wochenendes?

Woidke: Es ist schon eine große Herausforderung, aber es sind Landtagswahlen. Ich kann mich auch vor fünf Jahren an die Debatten erinnern. Es hat sich vieles verändert auch bei uns im Land. Die Diskussionskultur ist eine andere geworden. Aber im Großen und Ganzen – ich bin jeden Abend auf irgendwelchen Plätzen – bin ich schon sehr zufrieden. Wir haben viele Menschen da. Es gibt ein riesengroßes Bedürfnis, mit Politik zu reden, aber es gibt auch ein großes Bedürfnis danach, dass die Dinge angefasst werden, über die jeden Tag geredet wird und die die Menschen bewegen.

Heinlein: Wenn Sie auf den Straßen und Marktplätzen im Wahlkampf unterwegs sind, wie sehr brennt das Thema Flucht und Migration den Menschen unter den Nägeln? Oder gibt es ganz andere Themen, die aktuell für die Menschen wichtig sind?

Woidke: Es geht um viele, viele Landesthemen. Das sind Dinge, die die Menschen bewegen. Es ist die Gesundheitspolitik, wie geht es mit der Gesundheitsversorgung weiter? Gerade in einem Flächenland ist das keine einfache Herausforderung. Es geht um die Bildungspolitik, Kita, Schule, es geht um den ganzen bunten Strauß, den man auf der Landesebene zu regeln hat. Aber es geht auch um die Migrationspolitik. Es geht aber auch um Ukraine und Russland. Das ist ein bunter Strauß an Themen und insgesamt nehme ich die Stimmung als doch sehr offen und konstruktiv wahr. Es ist nicht so, wie es häufig beschrieben wird, dass da eine feindliche Stimmung wäre oder irgendwas. Das merke ich nicht.

Heinlein: In den jüngsten Umfragen liegt Ihre Partei klar hinter der AfD auf Platz zwei, nur knapp vor CDU und BSW. Wie sehr könnte jetzt dieser Anschlag Wasser auf die Wahlkampfmühlen der AfD sein?

Woidke: Sie versuchen, händeringend solche Ereignisse zu nutzen. Das sehen wir ja. Wir werden jetzt wahrscheinlich auch eine Sondersitzung des Landtages in Brandenburg bekommen, eine Landtagssitzung zu den Ereignissen in Solingen. Nach allem, was ich gehört habe, wurde das von der AfD angemeldet. Sie versuchen, das weidlich auszunutzen, aber das hilft hier nicht weiter. Wir müssen uns ja nicht mit der AfD beschäftigen, sondern es geht darum, wie geht es mit den Fragen weiter, die die Menschen im Land bewegen, und wie können wir es schaffen, dieses Land wieder zu einem sicheren Land zu machen, in dem die Menschen sich auch sicher fühlen. Dieses Sicherheitsgefühl, das ist in Teilen verlorengegangen, und das ist leider eine Tatsache. Da muss jetzt gegengesteuert werden, da müssen die richtigen Entscheidungen getroffen werden, und es gehört einfach dazu, dass auch die Migrationspolitik der letzten zehn Jahre überdacht werden muss.

Heinlein: Stichwort Sicherheit, Herr Woidke, wenn Sie es erwähnen. Warum erhofft sich offenbar eine zunehmende Zahl – so muss man ja sagen – von Menschen mehr Sicherheit nicht von Ihnen, von der Regierung, von der Kenia-Koalition, von den Parteien der Mitte, sondern von den politischen Rändern, von AfD und BSW?

Woidke: Das ist eine schwierige Frage. Was die Umfragen betrifft: Ich habe vorhin auf vor fünf Jahren verwiesen. Die Umfragen vor fünf Jahren waren nicht viel anders. Wenige Wochen vor der Landtagswahl hatten wir einen Rückstand teilweise in den Umfragen auf die AfD, waren teilweise sogar auf Platz drei. Ich glaube, die Menschen wollen Stabilität und Sicherheit und sie wollen vor allen Dingen, dass eine Regierung das auch ausstrahlt, und da geht es in einer Regierung auch immer um Personen. Deswegen gehe ich auch als Person da sehr intensiv rein und ich persönlich habe ja auch eine Geschichte nicht nur als

Ministerpräsident, sondern auch als Innenminister, und ich weiß einfach, dass Stabilität und Sicherheit ein ganz grundlegender Wert ist für unser Land. Deswegen müssen wir jetzt alle gemeinsam dafür arbeiten, dass diese Stabilität und Sicherheit den Menschen auch wieder vermittelt werden kann und dass diese Ereignisse, Ereignisse wie das Ereignis in Solingen oder auch das in Mannheim kurz vor der Europawahl, sich nicht wiederholen können.

Heinlein: Welche Möglichkeiten haben Sie als Person, als Ministerpräsident, den Menschen in Ihrem Lande das Sicherheitsgefühl wiederzugeben?

Woidke: Erst mal haben wir in den letzten Jahren als Koalition anders zusammengearbeitet als die Berliner Koalition zum Beispiel. Wenn man ständig mit Streit in der Öffentlichkeit ist, dann schafft das nicht allzu viel Vertrauen in die Regierungsarbeit. Das ist, glaube ich, eine Binsenweisheit und wir haben da in der Koalition schon sehr gut zusammengearbeitet, was nicht heißt, dass Grüne, CDU und SPD immer einer Meinung gewesen sind. Aber das haben wir hinter den Kulissen geklärt und das ist ja der ewige Wunsch auch in der Bundesregierung, dass das endlich mal so wäre und dass man dahin kommt. Dieses Gefühl von Stabilität und Sicherheit kann man nur dann weitergeben, wenn man das selber auch vorlebt als Regierung, und wir haben, glaube ich, auch in vielen Bereichen die richtigen Entscheidungen getroffen. Wenn ich mir die Entwicklung des Landes in den letzten Jahren angucke - die gute wirtschaftliche Entwicklung, die hätte uns so in dieser Art und Weise niemand zugetraut, und die Perspektiven, die entstanden sind -, dann ist das diametral anders als in Teilen die Stimmungslage, die sich in Umfragen widerspiegelt. Aber es ist erst mal eine gute Basis für einen Landtagswahlkampf und dass wir in diesen Landtagswahlkampf auch selbstbewusst gehen, das versteht sich dann von selbst.

Heinlein: Noch wird ja geprüft, aber in Nordrhein-Westfalen hat es ganz offenbar bei den Behörden durchaus Probleme gegeben mit der Abschiebung des Syrers nach Bulgarien. Ist das ein Sonderfall in NRW, oder sind auch bei Ihnen in Brandenburg nach Ihrem Eindruck, nach Ihren Informationen zu zuständigen Stellen oft überlastet, überfordert mit der Durchführung von Abschiebungen?

Woidke: Das sind ja sehr komplexe Verfahren, die auch sehr viel mit diplomatischen Beziehungen mit anderen Ländern zu tun haben. Hier müssen Bund und Länder eng zusammenarbeiten. In vielen Bereichen passiert das auch. Da ist in den letzten Jahren schon viel passiert. Heute wird der Innenminister unseres Landes, Michael Stübgen, einen Bericht dazu im Kabinett abgeben. Ich kann dem jetzt nicht vorgreifen, aber natürlich müssen wir in diesem Bereich besser werden. Was die Menschen nicht verstehen, ist, dass jemand wie der Attentäter von Solingen in Bulgarien Asyl gekriegt hat und dann einfach irgendwann sich sagt, in Deutschland kriege ich irgendwie mehr Geld und gehe dann weiter und sitze dann in Deutschland im Asylheim, soll dann abgeschoben werden. Was dann überhaupt nicht verständlich ist: Dann ist er weg, wenn er abgeschoben wird, kommt dann aber wieder und sitzt wieder im Asylheim. Das sind Sachen, die die Menschen draußen nicht verstehen, und das sind Dinge, die dürfen wir auch so nicht dulden. Hier muss geltendes Recht durchgesetzt werden und das ist eigentlich der Punkt, um den es geht. Das geltende Recht ist ja da, es muss durchgesetzt werden, es muss angewendet werden, und ich bin auch froh, dass heute der Oppositionsführer, Herr Merz, und der Bundeskanzler sich treffen und dass man darüber redet, welche Dinge denn getan werden müssen. Aber wir müssen jetzt die Schlussfolgerungen aus den Ereignissen der letzten Monate ziehen und dann müssen die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden. Der Überbietungswettbewerb in der

Öffentlichkeit, den wir seit Samstag in allen Medien erleben, hilft uns da nicht weiter. Wir müssen machbare Lösungen finden. Die müssen rechtlich durchsetzbar sein. Aber die müssen jetzt auch schnell kommen.

Heinlein: Herr Woidke, was die Menschen auch nicht verstehen, ist, dass nach dem tödlichen Messerangriff auf einen Polizisten in Mannheim – das war im Juni – Ihr Kanzler, Kanzler Scholz angekündigt hat, jetzt schnellere Abschiebungen von Kriminellen und Gefährdern nach Syrien und Afghanistan. Passiert allerdings ist reichlich wenig. Wie groß ist Ihr Verständnis, dass die Menschen jetzt sagen, dieser Kanzler, der redet nur, aber es geht nicht tatsächlich voran?

Woidke: Ich habe es schon angedeutet: Es sind sehr komplexe Dinge, über die man da redet, und wenn man nach Afghanistan oder nach Syrien abschiebt, dann hat das schon einige Fassetten, die nicht ganz so einfach sind, als würde man sagen, ich schick jemand nach Bulgarien zurück. Das ist schon deutlich schwieriger, aber auch da gibt es Wege. Ich kann jetzt nicht sagen, warum die Bundesregierung da nicht weitergekommen ist in den letzten Monaten, aber auch da muss man weiterkommen, denn andere europäische Länder machen es uns vor, ich denke zum Beispiel an Dänemark. Wir dürfen nicht dulden, dass Menschen, die Menschen in unserem Land gefährden, hier Schutz bekommen.

Heinlein: Wie groß ist Ihre Zuversicht, dass heute bei dem Treffen zwischen Merz und Scholz es tatsächlich zum großen Schulterschluss zwischen Regierung und Opposition kommen wird?

Woidke: Wenn Herr Merz sich dessen bewusst ist, dass die Verantwortung für diese heutige Situation in großen Teilen auch bei der Vorgänger-Bundesregierung liegt, dass nämlich CDU/CSU-Innenminister 16 Jahre auch mit für die Situation verantwortlich sind, die wir heute haben, und dass das, was er jetzt von der Ampel verlangt, was sie hätte in drei Jahren lösen sollen, natürlich ein Erbe ist aus der Vergangenheit, dann, denke ich schon, kann man da gute Lösungen finden. Wenn es nur ein Fingerzeigen auf die Ampel ist, dann werden wir wahrscheinlich da nicht weit kommen. Aber ich hoffe auf ersteres und ich hoffe, dass wir gemeinsam daran arbeiten, dass dieses Land wieder sicher wird und dass die Menschen hier auch in Zukunft sicher leben können.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.